

II-4312 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2129 IJ

1986-06-10

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek, Dr. Maria Hosp
und Kollegen
an den Bundeskanzler
betreffend Erfüllung der Entschließung des Bundesrates
über den Ausbau des Zivilschutzes in Österreich.

Der Bundesrat hat am 23.5.1986 in einer Entschließung die Bundesregierung aufgefordert, im Interesse eines effizienten Zivilschutzes und zum größtmöglichen Schutz der österreichischen Bevölkerung gegen radioaktive Bestrahlung sowie in Erfüllung des Landesverteidigungsplanes vom November 1983 möglichst rasch alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, insbesondere durch

- Realisierung eines effizienten Strahlenfrühwarnsystems für die Bevölkerung,
- Ausbau eines umfassenden Warn- und Alarmdienstes in Koordination mit den Bundesländern,
- rasche Fertigstellung von Alarm-, Katastrophen- und Organisationsplänen in Koordination mit den Bundesländern,
- umfassende, genaue und rasche Information der Bevölkerung über das Verhalten im Gefahren-, Krisen- und Katastrophenfall in Koordination mit den Bundesländern,
- Sonderinformation für Ärzte, Apotheker und Sanitätspersonal im Krisenfall,

- Koordination der für den Zivilschutz notwendigen und wichtigen freiwilligen Einsatzorganisationen (Feuerwehr, Rettung, Strahlenschutzdienst, Luftschutzdienst etc.),
- Ausbildung der Ärzte in der Notfall-, Katastrophen- und Strahlenmedizin,
- Sicherstellung der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung, insbesondere durch Einsatzpläne für Ärzte und Spitals-einsatzpläne, durch Einrichtung von mobilen Sanitäts-einheiten, Sanitätsbedarfslagern, Sanitätssammelstellen zur Erstversorgung sowie Verwirklichung eines integrierten Sanitätsdienstes im Katastrophenfall,
- sinnvolle Bevorratung für Medikamente, Lebensmittel und Trinkwasser,
- Realisierung eines beschleunigten Schutzraumbaues in Koordination mit den Bundesländern,
- Förderung von Privatinitiativen im Bereich des Schutz-raumbaues,
- Ausbau der Selbstschutzausbildung,
- Förderung eines forcierten Ausbaues von Selbstschutz-zentren auf Gemeinde- und Bezirksebene und
- Bereitstellung des erforderlichen materiellen (finanziellen) und personellen Erfordernisses.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler als Vorsitzenden der Bundesregierung folgende

A n f r a g e:

Was wird die Bundesregierung tun, damit die Entschließung des Bundesrates vom 23.5.1986 über den Ausbau des Zivilschutzes in Österreich so rasch wie möglich erfüllt wird?